

Sitzungsunterlagen zur StuRa-Sitzung am 25.03.2010

Inhaltsverzeichnis

Vorschlag zur Tagesordnung.....	2
Kandidatur RF Politische Bildung.....	3
Kandidatur RF Integration behinderter u. chronisch kranker Stud.....	3
Kandidatur RF Bildung und Selbstverwaltung.....	3
Kandidatur RF Ausländische Studierende.....	4
Kandidaturen Förderausschuss (vier Stellen).....	4
Kandidaturen DV-Kommission (zwei Stellen).....	5
Kandidatur Ausschuss Zugangsprüfungen.....	5
Kandidatur Graduiertenkommission.....	6
Kandidatur Multimediabeirat.....	6
Antrag 09/118 (Wirtschaftsplan 2010/11).....	7
Antrag 09/119 (Forderungskatalog POT/81).....	9
Antrag 10/001 (Satzungsänderung Umbenennung).....	10
Antrag 10/002 (Satzungsänderung Wahlordnung).....	11
Antrag 10/012 (Finanzielle Beschränkung Förderausschuss).....	14
Antrag 10/013 (Finanzvereinbarung KSS).....	15
Antrag 10/014 (Open:CAMPUS 2.0).....	15
Antrag 10/015 (FSR Fahrt Berufspädagogik).....	17
Antrag 10/016 (Satzungsänderungen).....	18
Protokoll der Gf-Sitzung vom 03.03.10.....	21
Protokoll der Gf-Sitzung vom 10.03.10.....	24
Protokoll der Gf-Sitzung vom 17.03.10.....	26
Aufwandsentschädigungen Februar 2010.....	28
Protokoll AG Satzung 26.02.10.....	29
Protokoll AG Satzung 12.03.10.....	32
Bericht Mitteleuropazentrum.....	35
Tätigkeitsbericht GB HoPo Januar 2010.....	36
Tätigkeitsbericht GB Inneres Januar 2010.....	39
Tätigkeitsbericht GB LuSt Januar 2010.....	40
Tätigkeitsbericht GB HoPo Februar 2010.....	42

Vorschlag zur Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia
2. Bericht der Gf
3. Tätigkeitsberichte
4. Wahlen
5. Wirtschaftsplan 2010/11, 3. Lesung (Antrag 09/118)
6. Forderungskatalog POT/81 (Antrag 09/119)
7. Satzungsänderung Umbenennung, 2. Lesung (Antrag 10/001)
8. Satzungsänderung Wahlordnung, 2. Lesung (Antrag 10/002)
9. Finanzielle Beschränkung Förderausschuss (Antrag 10/012)
10. KSS Finanzvereinbarung (Antrag 10/013)
11. Open:CAMPUS 2.0 (Antrag 10/014)
12. FSR Fahrt Berufspädagogik (Antrag 10/015)
13. Satzungsänderungen, 1. und ggf. 2. Lesung (Antrag 10/016)
14. Sonstiges

Kandidatur RF Politische Bildung

Kandidat: Florian Henz

Hiermit möchte ich mich für die Wiederentsendung als Referent für politische Bildung bewerben. Ich war bereits im letzten Jahr Referent und würde gerne ein weiteres Jahr in dieser Funktion die bevorstehende Ringvorlesung durchführen, so wie eine regelmäßige Vollversammlung etablieren. Weiterhin liegt mir viel daran, das Projekt des Readers zur Dresdner Verbindungslandschaft im kommenden Semester zu Ende zu bringen. Im letzten Jahr führten wir bereits eine erfolgreiche Ringvorlesung zum Thema „Politik und Wissenschaft“, so wie verschiedene Veranstaltungen zu den Themen Asyl und Erinnerungspolitik durch. Ebenso erfolgreich wurde die Vernetzung der politischen Hochschulgruppen gestärkt, so dass für das kommende Semester bereits mehrere Pläne für gemeinsame Veranstaltungen bestehen. Leider kann ich an der Sitzung am Donnerstag nicht teilnehmen, da ich in Berlin eingespannt bin.

Kandidatur RF Integration behinderter u. chronisch kranker Stud.

Kandidat: Thomas Naumann, BA Philosophie

Kandidatur RF Bildung und Selbstverwaltung

Kandidat: Jan Kossick

Hiermit bewerbe ich mich für den Posten des Referenten für Bildung und Selbstverwaltung. Im Rahmen der Proteste im Winter wurde zur Verbesserung der Mitbestimmung und Kommunikation unter den universitären Gremien unter anderem das Konzept des Studentischen Konsuls entwickelt. Im letzten Gespräch des Rektors mit den FSRen wurde das Konzept dem Rektorat vorgestellt. Dieses empfahl den Konsul zuerst in der studentischen Selbstverwaltung zu etablieren. Der Referent für Bildung und Selbstverwaltung erfüllt einige Aufgaben des Konsuls. Ich werde versuchen den Referentenposten zu nutzen um die Kommunikation und Transparenz der studentischen Gremien zu fördern und den Posten auszubauen, mit Blick auf die Aufgaben eines Konsuls. Desweiteren werde ich mich in dieser Funktion an der Arbeit zur neuen Grundordnung beteiligen. Abschließend stehe ich selbstverständlich dem Gf Lehre und Studium sowie den weiteren Referenten des Geschäftsbereiches als Hilfe zur Verfügung.

Kandidatur RF Ausländische Studierende

Kandidat: Victor Vincze

Hallo,

ich bin Victor, Doktorand der Soziologie, und möchte mich für eine weitere Amtszeit nominieren lassen.

Ich arbeite seit 2007 an diesem Posten als Referent, meine Arbeit, meine Projekte und mein strategisches Denkvermögen werden an der Uni und in der Stadt sehr geschätzt. Um diese Kontinuität fortzusetzen und bis ein/e geeignete/r Nachfolger/in gefunden wurde, möchte ich die Arbeit fortsetzen.

Kandidaturen Förderausschuss (vier Stellen)

Kandidat: Sebastian Hübner

Fachschaft: Maschinenwesen

Ich würde gern auch in dieser Legislatur wieder für den Förderausschuss kandidieren.

Ein paar Eckdaten zu mir (nur falls das nötig sein sollte):

- 20 Jahre alt
- Abitur 2008 in Erfurt (Thüringen)
- 3. Semester Maschinenbau
- Mitglied im: StuRa (ca. ein halbes Jahr); FSR Maschinenwesen (ein Jahr); FakRa Maschinenwesen (ca. ein halbes Jahr); Prüfungsausschuss Fakultät Maschinenwesen (ca. ein halbes Jahr); Öffentlichkeitsarbeitsausschuss Fakultät Maschinenwesen (ein Jahr)
- Hauptverantwortlicher ESE2009 Maschinenwesen.

Kandidat: Jan Kossick

[falls Entsendung nachgereicht wird]

Kandidaturen DV-Kommission (zwei Stellen)

Kandidat: Steffen Lehmann

Hiermit bewerbe ich mich um die Entsendung in die Datenverarbeitungskommission. Seit Bestehen dieser Kommission wurden die beiden Sitze jeweils durch einen Vertreter der AG DSN und einen Vertreter des Referats Technik des StuRa besetzt. Bereits in den vergangenen Jahren habe ich diese Funktion übernommen und, sofern es uns betraf, die Interessen des StuRa darin vertreten. Da es nicht sehr oft vorkommt, dass den StuRa / die Studenten betreffende Dinge besprochen werden, beschränkte sich meine Tätigkeit auf die Teilnahme bzw. einen entsprechenden Informationsaustausch mit den Vertretern der AG DSN bzw. der Gf. Ich bitte daher um eure Unterstützung.

Kandidat: Joseph Schuchart, Vorsitzender AG DSN

In den letzten Jahren hat der StuRa der TU Dresden traditionsgemäß einen Vertreter der AG Dresdner Studentennetze in die ‚Kommission für Angelegenheiten der Datenverarbeitung‘ entsandt und uns damit freundlicherweise eine seiner zwei Stimmen zur Verfügung gestellt. Auch in diesem Jahr möchte ich mich wieder um einen Sitz in diesem Gremium bewerben. Wir von der AG DSN haben ein großes Interesse daran, unsere rund 3000 Nutzer in der DV Kommission zu vertreten und Informationen zu den Entwicklungen bzgl. der IT Infrastruktur an der TU Dresden aus erster Hand zu erfahren. Ich würde mich also über die Möglichkeit freuen, mich wieder für einen Sitz zur Wahl stellen zu können.

Kandidatur Ausschuss Zugangsprüfungen

Kandidat: Steffen Lehmann

Hiermit bewerbe ich mich für diese Legislatur um die Entsendung in den "Ausschuss über die Zugangsprüfungen zur Zulassung zum Hochschulstudium ohne Abitur". Bereits im Februar tagte der Ausschuss für diese Legislatur das erste mal, so dass ich, quasi als kommissarisch im Amt befindlich, an diesem Treffen bereits teilgenommen habe. Wie bereits in der Vergangenheit, möchte ich die Interessen, sowohl der Studentinnen und Studenten, also auch der Bewerberinnen und Bewerber, angemessen vertreten. Ich bitte um Eure Unterstützung, da der Ausschuss genau vier, aufeinander aufbauende, Treffen im Jahr hat und ein Wechsel aus diesem Grund ungünstig wäre.

Kandidatur Graduiertenkommission

Kandidat: Enrico Lovász

Kandidatur Multimediabeirat

Kandidat: Enrico Lovász

Antrag 09/118 (Wirtschaftsplan 2010/11)

Antragssteller: Enrico Lovasz (GF Finanzen)

Der StuRa möge den beigefügten Wirtschaftsplan für das neue Haushaltsjahr 2010/11 beschließen.

Begründung:

Der Haushaltsplan für das Wirtschaftsjahr 01.04.2010 – 31.03.2011 orientiert sich am Haushaltsplan des Vorjahres (nicht am Nachtragshaushalt). Die Veränderungen zum Vorjahr sind angegeben. Ein Minus vor dem Betrag stellt eine Senkung dar. Die größte Veränderung im Haushalt ist die Erhöhung des Kontos 4700 Aufwand für studentische Projekte um 10.000 Euro. Im aktuellen Wirtschaftsjahr ist eine verstärkte Nachfrage nach Unterstützung studentische Projekte erkennbar (siehe Nachtragshaushalt), dies ist vor allem auf die Vereinfachung bei der Beantragung der Gelder zurückzuführen (Stichwort: Förderausschuss). Die Erhöhung des Konto 4100 Löhne und Gehälter (zwei feste Angestellte des StuRa) ist der letzten Tarifrunde im Öffentlichen Dienst geschuldet. Neu hinzugekommen ist das Konto 4705 Wahlen. Hier werden die Ausgaben für die Organisation der FSR-Wahlen verbucht. Die Erlöse orientieren sich an der Ist-Situation zum Dezember 2009 und dem aktuellen Haushaltsjahr. Die geplante Entnahme aus den Rücklagen ist im Vergleich zum aktuell geplanten Haushalt gesunken, wegen der gestiegenen Einnahmen aus den Semesterbeiträgen.

ÄA von Enrico:

Ändere Konto 4715 von 2.118,00 EUR auf 2.184,00 EUR und Rücklagen von 17.987,00 EUR auf 18.044,00 EUR.

(übernommen)

Plan für das Wirtschaftsjahr 2010-11

Ausgaben				
Konto	Kontobezeichnung	Veränderung Vorjahr	HH 10/11	HH 09/10
311	Computer u.ä.	0,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €
420	Büroeinrichtung	0,00 €	500,00 €	500,00 €
480	Geringwertige Güter	0,00 €	500,00 €	500,00 €
4100	Löhne und Gehälter	5.000,00 €	65.000,00 €	60.000,00 €
4130	Gesetzliche Sozialaufwendungen	-2.000,00 €	13.000,00 €	15.000,00 €
4168	Verteiler für Öffentl.	0,00 €	500,00 €	500,00 €
4169	Aufwendungen für Unterstützung (AE)	0,00 €	32.000,00 €	32.000,00 €
4260	Instandhaltung	0,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €
4360	Versicherung	0,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €
4380	Beiträge	0,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €
4385	Beitrag KSS	0,00 €	5.500,00 €	5.500,00 €
4601	Transportkosten	0,00 €	150,00 €	150,00 €
4650	Bewirtung	200,00 €	1.000,00 €	800,00 €
4660	Reisekosten	0,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €
4700	Aufwand f. student. Projekte	10.000,00 €	30.000,00 €	20.000,00 €
4701	Sportreferat	-2.000,00 €	6.000,00 €	8.000,00 €
4705	Wahlen	2.000,00 €	2.000,00 €	
4706	Öffentlichkeitsarbeit	-1.000,00 €	4.000,00 €	5.000,00 €
4709	Referat Kultur	0,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €
4710	Bildung/Hochschulpolitik	0,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €
4711	Arbeitsgemeinschaften	2.000,00 €	3.000,00 €	1.000,00 €
4714	Soziales	0,00 €	500,00 €	500,00 €
4715	Soziales-Härtefälle	66,00 €	2.118,00 €	2.052,00 €
4750	TUUWI	500,00 €	2.000,00 €	1.500,00 €
4790	Spiritus rector	0,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €
4800	Fachschaftsbeiträge	0,00 €	65.000,00 €	65.000,00 €
4900	sonst. Aufwendungen	0,00 €	200,00 €	200,00 €
4910	Porto	0,00 €	100,00 €	100,00 €
4920	Telefon	0,00 €	150,00 €	150,00 €
4930	Bürobedarf	0,00 €	800,00 €	800,00 €
4940	Zeitschriften / Bücher	0,00 €	400,00 €	400,00 €
4950	Rechts-/ Beratungskosten	-1.000,00 €	6.000,00 €	7.000,00 €
4970	Nebenkosten des Geldverkehrs	0,00 €	150,00 €	150,00 €
	Gesamt	13.766,00 €	264.068,00 €	250.302,00 €

Erlöse				
Konto	Kontobezeichnung		HH 10/11	Ist Dezember HH 09/10
2707	Sonst. Betriebsfr.-regelm. Erträge		500,00 €	560,64 €
2708	Nutzungsentgelt f. StuRa-Geräte		100,00 €	87,00 €
8044	sonst. Verkauf		100,00 €	101,30 €
8045	Copy Karten		80,00 €	80,00 €
8051	Bewirtung		300,00 €	307,95 €
8053	Spiritus Rector		2.000,00 €	2.334,25 €
8610	DJH-Ausweise		10,00 €	1,50 €
8625	Semesterbeiträge		240.000,00 €	247.284,00 €
8650	Zinsen Sparkassenbuch		1.000,00 €	0,00 €
8655	Zinsen Börsenkonto		1.500,00 €	860,53 €
8660	ISIC-Ausweise		500,00 €	0,00 €
	Entnahme aus Rücklagen		17.978,00 €	-
	Gesamt		264.068,00 €	251.617,17 €

Antrag 09/119 (Forderungskatalog POT/81)

Antragssteller: Michael Moschke (GF HoPo)

Antragstext: „Der StuRa möge beschließen, dem Forderungskatalog des POT 81 zuzustimmen. Eine Zustimmung nur zu Teilen des Katalogs ist ebenfalls möglich.“ Begründung: der vom StuRa der TUD unterstützte POT81 hat einen sehr umfangreichen Forderungskatalog vorgelegt. Dieser sollte im StuRa diskutiert und beschlossen werden um der GF bei den kommenden Treffen mit dem Rektorat als Handlungsrichtlinie zu dienen.

[siehe Anhang zu Sitzungsunterlagen]

http://www.stura.tu-dresden.de/webfm_send/759

Antrag 10/001 (Satzungsänderung Umbenennung)

Antragssteller: Referat Politische Bildung

Der StuRa verwendet im Innengebrauch sowie der Außendarstellung anstelle der Bezeichnung „Studentenrat“ die Bezeichnung „Studierendenrat“. Für die „Studentenschaft“ wird analog „Studierendenschaft“ sowie für „Studenten“ nunmehr „Studierende“ verwendet.

Die Satzung wird wie folgt verändert:

§1 (Begriffsbestimmung und Rechtsstellung) erhält einen neuen Absatz 5 mit dem Wortlaut „Die Studentenschaft der Technischen Universität Dresden nennt sich auch Studierendenschaft der Technischen Universität Dresden.“

§ 16 (Aufgaben und Funktionen des StuRa) erhält einen neuen Absatz 1 Satz 3 mit dem Wortlaut "Der Studentenrat nennt sich auch Studierendenrat."

Darüber hinaus achtet der Studentenrat auf geschlechtergerechte Sprache im Alltag und in der Darstellung nach außen. Insbesondere werden in allen neu erstellten Publikationen die Begriffe „Studierende“, „Studierendenrat“ und „Studierendenschaft“ verwendet. Darüber hinaus bezeichnet der Studentenrat die Mitglieder der Studierendenschaft der Technischen Universität Dresden als „die Studierenden“.

Begründung:

An der TU Dresden werden die Bezeichnungen Studenten, Studentenschaft und Studentenrat verwendet. Das generische Maskulinum ist formell und alltagssprachlich als hauptsächlich verwendete Form allgegenwärtig. Das Maskulinum wird hier als neutralisierend bzw. verallgemeinernd ('generisch') empfunden. Wir bezweifeln hingegen, dass das generische Maskulinum Männer und Frauen gleichermaßen bezeichnet. Auch wenn Frauen möglicherweise per Konvention mit gemeint seien, werden sie dennoch durch einen solchen Sprachgebrauch ausgeschlossen, wie linguistische Studien belegen. Auf diese Weise spiegelt Sprache das bestehende Machtverhältnis wieder, reproduziert und aktualisiert mit jedem Sprechakt.

Wir wollen diesen Machtverhältnissen entgegenwirken und Beschränkungen von Zugangschancen soweit als möglich aufheben. Geschlechtergerechtigkeit ist über jahrelange Frauenförderung und Gleichstellungspolitik weit gediehen und hat sich etabliert. Ansprachen, bei denen die "Werten Besucherinnen und Besucher" willkommen geheißen werden, überraschen niemanden mehr. Auf der offiziellen Ebene ist die Wirkungsweise sprachlicher Handlungen teilweise angekommen. Durch "Gender Mainstreaming" wurden Richtlinien für eine geschlechtergerechte Sprache festgelegt. Doch in der Alltagssprache hat sich dies nur begrenzt durchgesetzt. Oft wird auf die Einforderung geschlechtergerechter Sprache abwertend reagiert: Die Notwendigkeit wird in Frage gestellt. In der Alltagspraxis konservierte geschlechtsspezifische Rollenvorstellungen bleiben diskriminierend. Die Rollen werden als einfache Beschreibungen von Eigenschaften verstanden: Frauen sollen..., Männer sind.... Die Grenzen dieser Rollen müssen akzeptiert werden. Wer sie überschreitet, wird daraufhingewiesen, dass eine gewisse gesellschaftliche Normalität und soziale Ordnung garantiert werden muss.

Antrag 10/002 (Satzungsänderung Wahlordnung)

Antragssteller: Matthias Zagermann (Fachschaft Maschinenwesen)

Antragstext:

Der Studentenrat möge beschließen, dass der Paragraph 14 der derzeit gültigen Wahlordnung der Studentenschaft der TU Dresden durch folgenden Text ersetzt wird:

§ 14 Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) Der Wahlausschuss hat die von den Abstimmungsausschüssen getroffenen Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen zu überprüfen und gegebenenfalls das Ergebnis der Zählung zu berichtigen. Er stellt die Ergebnisse fest. Er stellt weiter die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, die Zahl der ungültigen Stimmen und die Anzahl der gültigen Stimmen je Bewerberin und die damit gewählten Bewerberinnen und die Reihenfolge der Ersatzvertreter fest.
- (2) Die Wahlleiterin gibt das festgestellte Wahlergebnis spätestens sieben Arbeitstage nach Abschluss der Wahl auf den Internetseiten des Studentenrats bekannt. Sie hat es von Amts wegen zu berichtigen, wenn innerhalb von vier Monaten nach Feststellung Schreibfehler, Rechenfehler oder ähnliche Unrichtigkeiten bekannt werden.
- (3) Gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereint. Die Sitze im Fachschaftsrat werden entsprechend der auf die Bewerberinnen entfallenen Stimmen in absteigender Reihenfolge verteilt.
- (4) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen die gleiche Stimmenanzahl, so entscheidet der Wahlausschuss in einem zu protokollierenden Verfahren durch das Los über die Reihung der Bewerberinnen. Zuvor sind die strittigen Stimmen erneut auszuzählen. Auf das Verfahren nach Satz 1 und 2 kann verzichtet werden, wenn alle betreffenden Bewerberinnen einen Sitz im Fachschaftsrat erhalten. Die Entscheidung des Loses ist nicht anfechtbar.
- (5) Gibt es mehrere Bewerberinnen mit mindestens einer Stimme als Sitze vorhanden sind, so sind die nicht gewählten Bewerberinnen in absteigender Reihenfolge ihrer Stimmenanzahl Ersatzvertreter.

Begründung:

erfolgt mündlich auf der behandelnden Sitzung

Änderungsantrag von Thomas Jahn, Mitglied der Fachschaftsrates Philosophie

Neuformulierung des Paragraphen 14 Wahlordnung der Studentenschaft der TU Dresden

Von Matthias Zagermann, Mitglied der Fachschaft Maschinenwesen

Antragstext:

Der Studentenrat möge beschließen, dass der Paragraph 14 der derzeit gültigen Wahlordnung der

Studentenschaft durch folgenden Text ersetzt wird:

§ 14 Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Der Wahlausschuss hat die von den Abstimmungsausschüssen getroffenen Entscheidungen über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen zu überprüfen und gegebenenfalls das Ergebnis der Zählung zu berichtigen. Er stellt die Ergebnisse fest. Er stellt weiter die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, die Zahl der ungültigen Stimmen und die Anzahl der gültigen Stimmen je Bewerberin und die damit gewählten Bewerberinnen und die Reihenfolge der Ersatzvertreter fest.

(2) Die Wahlleiterin gibt das festgestellte Wahlergebnis spätestens sieben Arbeitstage nach Abschluss der Wahl auf den Internetseiten des Studentenrats bekannt. Sie hat es von Amts wegen zu berichtigen, wenn innerhalb von vier Monaten nach Feststellung Schreibfehler, Rechenfehler oder ähnliche Unrichtigkeiten bekannt werden.

(3) Zunächst wird überprüft nach welchem der folgenden Verfahren, die durch die Absätze 3a-c beschrieben werden, die Sitze verteilt werden sollen. Dazu wird anhand des Wählerverzeichnisses das Geschlecht in der Minderheit und eine dazugehörige Anzahl an Mindestsitzen bestimmt.

(3a) Wenn die Anzahl der Bewerberinnen des Minderheitengeschlechts gleich oder größer der Anzahl der Mindestsitze ist, dann wird keinerlei Quotierungsverfahren angewendet und gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereint. Die Sitze im Fachschaftsrat werden entsprechend der auf die Bewerberinnen entfallenen Stimmen in absteigender Reihenfolge verteilt.

(3b) Sollte es nicht genügend Bewerberinnen des Minderheitengeschlechts geben, werden die dem Geschlecht in der Minderheit zustehenden Mindestsitze mit Angehörigen dieses Geschlechts in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenden Stimmenzahlen besetzt, sofern diese mindestens eine Stimme erhalten haben.

(3c) Ist kein Geschlecht in einer Fachschaft mit weniger als 40% vertreten finden die Absätze 3a und 3b keine Anwendung und es werden zunächst jeweils je Geschlecht abgerundete 40% der Sitze in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf die Bewerberinnen entfallenden Stimmen besetzt, sofern sie mindestens eine Stimme erhalten haben. Nachdem Abs. 3b Satz 1 oder Abs. 3c Satz 1 angewendet wurden, werden die übrigen Sitze dann wie in Absatz 3a Satz 2 verteilt.

(4) Maßgeblich für die Bestimmung des Geschlechtes in der Minderheit und die Anzahl der Mindestsitze einer Fachschaft ist das Wählerverzeichnis. Die Anzahl der Mindestsitze ergibt sich aus dem aufgerundeten Anteil des Minderheitengeschlechts im Verhältnis zu der Zahl der Sitze im jeweiligen Fachschaftsrat. Sollte es für die nach Satz 2 vorgesehenen Sitze nicht genügend Bewerberinnen des Minderheitengeschlechts geben, entfallen die restlichen Sitze jeweils auf das andere Geschlecht.

(5) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen die gleiche Stimmenanzahl, so entscheidet der Wahlausschuss in einem zu protokollierenden Verfahren durch das Los über die Reihung der

Bewerberinnen. Zuvor sind die strittigen Stimmen erneut auszuzählen. Auf das Verfahren nach Satz 1 und 2 kann verzichtet werden, wenn alle betreffenden Bewerberinnen einen Sitz im Fachschaftsrat erhalten. Die Entscheidung des Loses ist nicht anfechtbar.

(6) Gibt es mehrere Bewerberinnen mit mindestens einer Stimme als Sitze vorhanden sind, so sind die nicht gewählten Bewerberinnen in absteigender Reihenfolge ihrer Stimmanzahl Ersatzvertreter.

Begründung:

Folgt in der Sitzung.

Antrag 10/012 (Finanzielle Beschränkung Förderausschuss)

Antragsteller: Enrico Lovász (GF Finanzen)

Finanzielle Beschränkung des Förderausschuss

Gemäß §24 der Satzung des Stura können Ausschüsse eingerichtet werden.

Diese müssen inhaltlich und finanziell begrenzt sein (Abs. 3). Bei der dauerhaften Einrichtung des Förderausschuss wurde diese Summe auf 250 Euro festgelegt. Nachdem die neue Förderrichtlinie für studentische Projekte verabschiedet wurde, wurde die Höhe von 250 Euro nicht mehr berücksichtigt. Der Förderausschuss hat über alle finanziellen Anträge entschieden.

Vor kurzem ist mir der § 24 Abs. 3 (wieder) aufgefallen und es stellte sich die Frage, mit welchem Beschluss der Förderausschuss keiner finanziellen Beschränkung mehr unterliegt. Mit keinem. Die Förderrichtlinie wurde nur mit einfacher Mehrheit beschlossen und kann daher nicht die Satzung und somit die Beschränkung verändern.

Daher lautet mein Antrag: Der Förderausschuss besteht gemäß Beschluss vom 14.08.2008 und wird finanziell mit der Höhe von 2.000 Euro beschränkt.

Ursprünglicher Antrag Einrichtung Förderausschuss: Antragsteller: Martin Jahnke

Antrag:

Ein ständiger, wöchentlich tagender Ausschuss (Förderausschuss) wird eingerichtet. Er besteht aus vier vom StuRa gewählten Mitgliedern und dem Geschäftsführer Finanzen. Der Förderausschuss ist für die Förderpolitik des StuRa zuständig. Er entscheidet über die finanzielle Förderung externer studentischer Projekte bis zu einer maximalen Höhe von 250 €, die nur in unaufschiebbaren Fällen überschritten werden kann, und die Anerkennung von Hochschulgruppen. Die Sitzungen des Ausschusses werden protokolliert. Die Entscheidungen des Ausschusses sind in die Unterlagen der folgenden Sitzung des Plenums aufzunehmen.

Ferner wird der Förderausschuss beauftragt ein Konzept zur finanziellen Förderung studentischer Projekte durch den StuRa zu erarbeiten und dem Plenum vorzustellen. Das Konzept soll insbesondere Kriterien der Förderung beinhalten.

Antrag 10/013 (Finanzvereinbarung KSS)

Antragsteller: Michael Moschke (GF HoPo)

Antragstext: Der StuRa möge der Finanzvereinbarung der KSS zustimmen.

[siehe Anhang zu Sitzungsunterlagen]

http://www.stura.tu-dresden.de/webfm_send/776

Antrag 10/014 (Open:CAMPUS 2.0)

Antragsteller: Jan Kossick und Daniel Rehda (Rf Hopo)

Antragstext:

Der Stura veranstaltet in diesem Jahr einen Open:CAMPUS 2.0 und beschließt dazu ein entsprechendes Budget.

OPEN:Campus 2010 – Antrag - Kostenaufstellung

Summe: 4200 EUR

BETRAG POSTEN

2000 EUR Zelt Miete, BK

100 EUR Zelt Bauabnahme

1000 EUR Aufkleber, Plakate, Flyer

500 EUR Büromaterial

100 EUR Materialkosten Buttons

500 EUR Spesen Externe (Fahrtkosten)

OPEN:CAMPUS 2010
Exzellenz und Kommunikation
31.05. - 04.06. 2010

Was ist der OPEN:Campus?

Der OPEN:Campus bietet einen Freiraum, an dem alternative Bildungsveranstaltungen angeboten werden und eine kreative, kritische Auseinandersetzung mit Bildung und Bildungssystemen erfolgt.

Namentlich wurde der OPEN:Campus als alternative Bildungsinstitution erstmals während der bundesweiten Bildungstreikwoche im Juni 2009 an der TU Dresden geprägt. Damals fanden zahlreiche anregende Veranstaltungen und Diskussionen auf der Wiese hinter dem Pothoffbau statt.

Wozu einen OPEN:Campus?

Freie Bildung für alle Diese Utopie wird seit Jahren bei Bildungsprotesten gezeichnet. Häufig bleibt sie jedoch theoretisch und unkonkret. Der OPEN:Campus stellt den Versuch dar, sich diesem Ideal praktisch anzunähern, und es gleichzeitig zu diskutieren und zu hinterfragen.

Kritik am (Hoch-)Schulbetrieb organisieren

Nicht nur die Bologna-Reform sondern das gesamte deutsche Bildungssystem steht seit einiger Zeit unter heftiger Kritik. Der OPEN:Campus bietet die Möglichkeit, die Kritik auf studentischer Seite zu diskutieren, zu präzisieren und weiter zu entwickeln. Hierfür werden vor allem aktuelle Entwicklungen und Probleme im Dresdner Hochschulraum thematisiert. Aus diesem Grund steht der OPEN:Campus dieses Jahr unter dem Motto: „Exzellenz und Kommunikation“.

Anknüpfung an sächsische Studierendenproteste und studentische Selbstverwaltung Dabei versteht sich der OPEN:Campus auch als Anknüpfungspunkt für die Studierendendemos der letzten Jahre in Sachsen, bspw. gegen die Novellierung des Hochschulgesetzes im Jahre 2008. Diese teils gewonnen, teils verlorenen Proteste sollten weiter im Auge behalten werden, um für aktuelle und zukünftige Probleme als Erfahrungsschatz zu dienen. Die studentische Selbstverwaltung, welche die Möglichkeit bietet, Lösungen zu erarbeiten und durchzusetzen, soll interessierten Studierenden näher gebracht werden.

Wie wird das aussehen?

Für eine Woche (31.05. - 04.06.) ist auf der Wiese hinter dem Hörsaalzentrum der TU Dresden ein Zelt aufgebaut, in dem Veranstaltungen verschiedenster Art stattfinden, wie z.B. Diskussionsrunden, Workshops, Filme oder Konzerte. Außerdem wird es einen Bildungsbasar geben, an dem sämtliche Hochschulgruppen und Institutionen aus dem Bildungsbereich sich vorstellen können. Neben diesen Angeboten wird es wie im letzten Jahr die Möglichkeit geben, in dem Zelt zu übernachten. Der OPEN:Campus wird möglichst offen gestaltet. Das heißt er ist auf Beteiligung und Mitgestaltung ausgelegt und will Selbstorganisation fördern. Er soll für eine Woche auf dem Campus wahrgenommen werden als die „andere Uni“. Im Nachgang wird eine Dokumentation der erarbeiteten Inhalte veröffentlicht.

Eine rege Beteiligung und Zuarbeit aller Interessierten würde uns sehr freuen!

Antrag 10/015 (FSR Fahrt Berufspädagogik)

Antragsteller: Sascha Schramm

Der StuRa möge beschließen, die FSR-Fahrt des FSR Berufspädagogik mit 270,50 EUR zu bezuschussen.

Begründung:

Der FSR Berufspädagogik veranstaltet jedes Jahr eine FSR-Fahrt. Bei dieser soll es darum gehen, dass neue Arbeitsprogramm für die neue Legislaturperiode zu erstellen. Dieses soll u.a. folgendes enthalten:

- bessere Vernetzung mit anderen FSR's
- Aufstellung eines Finanzplanes für das kommende Jahr
- Vorbereitung des FSR-Grillens und des Dies Academicus
- Übergabe der Ämter von Alt-FSR zu Neu-FSR

Teilnehmer: 15 in der Jugendherberge Bad Schandau

Die Kosten belaufen sich auf 27,05 EUR mit Vollpension pro Person und Tag.

Gesamtkosten pro Person: 54,10

Gesamtkosten insgesamt: 811,50

Kosten für StuRa: 270,50

Kosten für den FSR: 270,50

Kosten für die Mitglieder: 270,50

Kosten für die Fahrt fallen nicht an, da die Jugendherberge Bad-Schandau im Semesterticketbereich liegt.

Antrag 10/016 (Satzungsänderungen)

Antragssteller: AG Satzung

Satzung/ Geschäftsordnung ALT	Änderungsanträge zur Satzung/ Grundordnung (GrO) und Geschäftsordnung NEU	ÄÄ
GO § 18 (1) Satz 1 Die Protokolle der StuRa- Sitzungen werden durch den Sitzungsvorstand angefertigt. Satzung § 23 (4) Der Sitzungsvorstand ist für die Erstellung und Verwaltung des Protokolls zuständig.	GO §18 (1) Satz 1 „Die Protokolle der StuRa- Sitzungen werden durch den Sitzungsvorstand angefertigt und veröffentlicht.“ GrO §23 (4) Satz 1 Der Sitzungsvorstand ist für die Erstellung, Veröffentlichung und Verwaltung des Protokolls zuständig.	1
GO § 18 (2) Satz 1 Das Protokoll wird ergebnisorientiert geführt. GO §18 (3) Satz 1 Das Protokoll hat insbesondere zu enthalten: - Datum, Beginn und Ende der Sitzung, - die Anwesenheitsliste mit den entsprechenden Vermerken „unentschuldig“, „entschuldig“ bzw. „ruht“ bei den fehlenden Mitgliedern, - den Wortlaut der Anträge und Beschlüsse gegebenenfalls nebst zugehöriger Abstimmungsergebnisse und - Wortmeldungen, die zuvor ausdrücklich zu Protokoll gegeben wurden.	Entfällt GO §18 (3) Satz 1 Das Protokoll hat insbesondere zu enthalten: 1) Datum, Beginn und Ende der Sitzung, 2) die Anwesenheitsliste mit den entsprechenden Vermerken „unentschuldig“, „entschuldig“ bzw. „ruht“ bei den fehlenden Mitgliedern, 3) den Wortlaut der Anträge und Beschlüsse gegebenenfalls nebst zugehöriger Abstimmungsergebnisse, 4) die wesentlichen Meinungen für und wider den Antrag sowie 5) Wortmeldungen, die zuvor ausdrücklich zu Protokoll gegeben wurden.	2
GO § 20 (4) Satz 1 Es wird ein Protokoll geführt.	GO § 20 (4) Satz 1 Es wird ein Protokoll geführt, dabei ist die GO § 18 (3) einzuhalten.	3
Satzung § 15 (5) Nach Rücktritt oder Abwahl einer Geschäftsführerin hat der entsprechende FSR alle Vertreterinnen	GrO § 15 (5) Nach Rücktritt oder Abwahl einer Geschäftsführerin hat der entsprechende FSR alle Vertreterinnen	4

<p>neu zu entsenden. (6) Die Mitgliedschaft einer Vertreterin im StuRa endet mit dem Ende der Legislatur des StuRa. Ferner endet sie durch Rücktritt, Exmatrikulation, Tod oder Rücknahme der Entsendung durch den FSR.</p> <p>Satzung § 15 (2) Der StuRa hat maximal 39 Sitze, die wie folgt besetzt werden:</p> <p>Nicht vorhanden</p> <p>Satzung § 15 (1) Satz 2 Eine gesonderte Vertretung nach § 75 (1) Satz 7 SächsHG existiert nicht.</p>	<p>neu zu entsenden. (6) Die Mitgliedschaft einer Vertreterin im StuRa endet mit dem Ende der Legislatur des StuRa. Ferner endet sie durch Rücktritt, Exmatrikulation, Tod oder Rücknahme der Entsendung durch den FSR. (7) Die Referentin Ausländische Studierende ist qua Amt Beratendes Mitglied des Studentenrats.</p> <p>GrO § 15 (2) Der StuRa hat maximal 38 Sitze, die wie folgt besetzt werden:</p> <p>GrO § 15 a „Beratende Mitglieder“ (1) Ein Beratendes Mitglied ist Mitglied des Studentenrates ohne Stimmrecht.</p> <p>entfällt</p>	
<p>Satzung § 15 (4) Nimmt eine Vertreterin an zwei aufeinander folgenden Sitzungen unentschuldig nicht teil, ruht ihr Mandat für die Zeit ihrer weiteren Abwesenheit. Ruhende Mandate weiterer Vertreterinnen werden wie Nichtentsendungen nach Abs.3 behandelt.</p> <p>Satzung § 20 (1) Der StuRa ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder ist.</p>	<p>GrO § 15 (4) Nimmt eine Vertreterin an zwei aufeinander folgenden Sitzungen unentschuldig nicht teil, ruht ihr Mandat für die Zeit ihrer weiteren Abwesenheit. Ruhende Mandate weiterer Vertreterinnen werden wie Nichtentsendungen nach Abs.3 behandelt. Mitglieder, deren Mandat ruht, besitzen kein aktives Stimmrecht.</p> <p>GrO § 20 (1) Der StuRa ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder mit aktiven Stimmrecht anwesend ist.“</p>	5
<p>Nicht vorhanden</p>	<p>GrO § 5 a „Beschlussfähigkeit“ (1) Die Beschluss fassenden Organe der Studentenschaft nach GrO § 5 Absatz 1 sind beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und mehr als die Hälfte der Mitglieder mit aktivem Stimmrecht anwesend sind.</p>	6
<p>Nicht vorhanden</p>	<p>GO § 9 (12) Vertagungen nach § 9 (4) Satz 1 Nummer 17 können mit Terminen und Bedingungen versehen werden. Geschieht dies nicht, werden</p>	7

	<p>sie auf die nächste Sitzung vertagt.</p> <p>GrO § 9 (2) Der FSR entsendet seine Vertreterinnen in den Studentenrat.</p>	8
<p>Satzung § 9 (2) Der FSR wählt die Vertreterinnen der Gruppe der Studenten in den jeweiligen Fakultätsrat. Sie müssen Mitglied der Fakultät, nicht jedoch des FSR sein. Bestehen in einer Fakultät mehrere FSR, so werden die Vertreterinnen in den Fakultätsrat durch den Konvent gewählt.</p> <p>GO §17 (3) Kandidatinnen können nur in Anwesenheit, einzeln und funktionsgebunden gewählt werden. Kandidaturen können jederzeit zurückgezogen werden.</p> <p>Satzung § 26 (2) Geschäftsführerinnen werden vom StuRa gewählt. Sie müssen in den StuRa entsendet sein, gegebenenfalls unberührt von § 15 Abs. 2 Nr.2 auch zusätzlich.</p> <p>Satzung § 15 (5) Nach Rücktritt oder Abwahl einer Geschäftsführerin hat der entsprechende FSR alle Vertreterinnen neu zu entsenden. (6) Die Mitgliedschaft einer Vertreterin im StuRa endet mit dem Ende der Legislatur des StuRa. Ferner endet sie durch Rücktritt, Exmatrikulation, Tod oder Rücknahme der Entsendung durch den FSR.</p>	<p>GO § 17 (3) Kandidatinnen können nur in Anwesenheit, einzeln und funktionsgebunden gewählt werden. Als Geschäftsführerin kann nur gewählt werden, wer für die Wahlsitzung durch einen Fachschaftsrat in den Studentenrat entsendet ist. Kandidaturen können jederzeit zurückgezogen werden.</p> <p>GrO § 26 (2) Geschäftsführerinnen werden vom StuRa gewählt. Sie müssen für die Dauer ihrer Amtsperiode in den StuRa entsendet sein, ggf. unberührt von §15 (2) Satz 2 auch zusätzlich.</p> <p>GrO § 15 (5) Nach Rücktritt oder Abwahl einer Geschäftsführerin hat der entsprechende FSR alle Vertreterinnen neu zu entsenden. (6) Fachschaftsrate, die in der ablaufenden Amtsperiode mindestens eine Geschäftsführerin gestellt haben und/oder in der folgenden Amtsperiode mindestens eine Geschäftsführerin stellen, müssen zur ersten Sitzung des Sommersemesters eine neue Entsendung vornehmen. (7) Die Mitgliedschaft einer Vertreterin im StuRa endet mit dem Ende der Legislatur des StuRa. Ferner endet sie durch Rücktritt, Exmatrikulation, Tod oder Rücknahme der Entsendung durch den FSR.</p>	

Protokoll der Gf-Sitzung vom 03.03.10

<p>Anwesende: Michael Moschke, Armin Grundig, Robert Röder</p> <p>Protokoll: Michael</p> <p>Beginn: 16:00 Uhr</p> <p>Ende: 18:25</p>
<p>Tagesordnungspunkte/ Themen</p> <p>1. Robert Seliger vom Referat PoB beantragt 2300,00€ für die Ringvorlesung „Geschichtspolitik und Erinnerungskultur“ im SS 2010. Es wird 12 Veranstaltungen geben (10x 150,00€ für Honorar und 2x 300,00€ Honorar und Fahrtkosten/Übernachtung und Werbung 200,00€). Da Vortragende angefragt und Flyer gedruckt werden müssen, wäre der nächste StuRa Termin am 25.3. zu spät. Es steht die Frage im Raum, ob es sich bei der Veranstaltung um Lehre im klassischen Sinne handelt (die wir nicht bezahlen) da man einen <i>Studium Generale</i> Schein bekommen kann. Da die Veranstaltung in keinem Lehrplan vorgesehen ist sondern „nebenher“ läuft und man „nur“ einen <i>Studium Generale</i> Schein erwerben kann (was nur noch den wenigsten etwas bringt) ist es für die GF keine Lehre im klassischen Sinn – genehmigt</p> <p>2. Am 17.02. hatte die GF den Wunsch geäußert, zu den AE des Referat PoB mit den Leuten sprechen zu können. Die AE-Begründungen glichen sich immer sehr, die beantragten AE waren aber unterschiedlich. Die Treffen und die Sprechstunden sind auf einen Termin vereinbart, damit sie produktiv arbeiten können, sollte keiner kommen. Die Unterschiede in der AE Höhe ergeben sich aus unterschiedlichen Arbeitsteilleistungen.</p> <p>3. Frank Naumann vom VC Dresden (Volleyballteam 2.Bundesliga – besteht zum Teil aus Studierenden) besucht die GF. In der Vergangenheit haben sie zweimal innerhalb von kürzester Zeit unsere Anlage ausgeliehen. Sie erbitten sich eine Kooperation mit dem StuRa, um die Anlagenmietgebühren erlassen zu bekommen und um den Fuhrpark der TUD nutzen zu können. Der Fuhrpark wird leider nicht gehen, über die Mietgebührenerlassung muss man reden. Wir haben die 10,00€ Miete eingeführt, um die laufenden Kosten zu decken – abgelehnt.</p> <p>4. Franz Georg Hay von der akademischen Fliegergruppe (25 aktive Studierende) der TUD wollen ein Berichtsheft über ihre Aktivitäten der drei Jahren erstellen. Er wollte dies ursprünglich über Werbung finanzieren, was nicht geklappt hat. Es klafft eine Lücke von 400,00€, die auch beantragt werden. Der Förderausschuss ist momentan nicht beschlussfähig und der StuRa tagt erst wieder am 25.3. Die Dringlichkeit ist geboten, da Anzeigenkunden drohen ab zuspringen und es soll zur Luftfahrtmesse Aero (Anfang April) als Werbung zur Sponsorenkundenacquire (für einen zu bauenden experimentellen Prototyp) dienen. Es müsste also nächste Woche gedruckt werden um rechtzeitig fertig zu</p>

werden. Unter der Maßgabe, dass das Referat Öffentlichkeitsarbeit einen sinnvollen Text entwirft und das dann abgedruckt wird – genehmigt

5. Christian Soyk weist die GF daraufhin, dass die GO eine wöchentliche Sitzung der GF vorsieht (s.GO) und dies bisher nicht in der Terminplanung vorgesehen ist. Die GF tagt also ab sofort wieder wöchentlich.

6. Kristin informiert über eine Imagekampagne für den StuRa an der sie und der GF Ö arbeiten. Flyer, Informationsdokumente, evtl. Fußball oder Volleyballtunier, Umgestaltung des Flures, Meinungskasten (im Flur und Webseite), evtl. ein Jingle sind Teil des Ganzen.

7. Ulrich Rückmann beantragt Reisekosten 100,60€ zur StuKo Schulung in Leipzig am 31.03.-01.04. für drei Leute. (Dominique Last, Ramona Schulze, Kevin Kuhne) – eine kommt aus Berlin angereist. - genehmigt

8. Ulrich Rückmann beantragt für 2 Leute (Dominique Last/Kevin Kuhne oder Ulrich Rückmann) 250,00€ Reisekosten für eine FZS Tagung (parallel Poolvernetzungstreffen) in Friedrichshafen (19.-21.3) . Es soll hier um Akkreditierungsverfahren in Europa und andere studienbedingungsbezogene Fragen gehen (z.B.Geschlechtergerechtigkeit) – genehmigt

9. Die GF erinnert daran, dass die Referenten doch bitte an den GF Sitzungen teilnehmen sollen

10. Jannett Schmiedgen beantragt 640,00€ (Honorar und Fahrtkosten) für einen Workshop am 12.05. („Liebe macht Blind“ - An einem Lebensbereich mit dem eigentlich jede Person Erfahrung soll die Bedeutung der Kategorie „Geschlecht“ für das Leben des Einzelnen verdeutlicht werden.); für die Vorführung des Films „Priscilla – Königin der Wüste“ (170,00€) und zur Öffentlichkeitsarbeit zur Bewerbung der beiden Sachen (200,00€) - die Dringlichkeit ist deshalb geboten, weil das KIK bis Mitte März Bescheid wissen muss – genehmigt

11. Die Kürzungen im Landeshaushalt betreffen zu 80% auch Gleichstellungsprojekt. Im Rahmen der ebenfalls von den Kürzungen betroffenen Kinder und Jugendarbeit gibt es schon einiges an Protest. Jan nett regt an, sich dem Thema der der von massiven Kürzungen betroffenen Gleichstellung in einer PM zu widmen – wird sind dafür

12. Armin beantragt 150,00€ Teilnahmegebühr für Oliver Seins und Indiana Mendel – Fahrt zum sozialpolitischen Grundseminar in Würzburg vom 25.3 – 28.3. - genehmigt

13. Dominiere Last beantragt einen PIN für den Stur Kopierer – genehmigt

14. Michael Moschke beantragt den Baracken und Zimmerschlüssel, die Freischaltgenehmigung, die Kopierpin und die Emil Adresse michaelmoschke@stura.tu-dresden.de über das Ende seiner Amtszeit als GF behalten zu dürfen, da er weiter sehr aktiv mitarbeiten möchte und dieses vor allem in der Transitionssystem notwendig werden wird – genehmigt

15. AE Christian Träger für Januar 194,00€ genehmigt
16. Die GF beschließt die Preisgelder der Filmgewinner baldmöglichst zu überweisen und zum Anlass der Filmfertigstellung einen offiziellen Empfang auszurichten
17. Die GF wird beim Rektor und beim GF des StuWe anregen, dass vom StuRa unterstützte Veranstaltungen generell auf dem Campus beworben werden. Weiterhin wird die GF einen Vertrag mit dem Stute ausarbeiten, in dem die Werbung innerhalb von Messen etc. geklärt werden soll.
18. Zur nächsten GF-Sitzung werden wir die Themen für das Rektoratsgespräch zusammentragen. Wir bitten um Input.

Protokoll der Gf-Sitzung vom 10.03.10

<p>Anwesende: Enrico Lovasz, Robert Röder, Armin Grundig, Kristin Hofmann</p> <p>Protokoll: Enrico</p> <p>Beginn: 16:00 uhr</p> <p>Ende: 17:45 Uhr</p>
<p>Tagesordnungspunkte/ Themen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Franziska Wagner stellt den Antrag die Hochschulgruppe Tourismus Dresden e.V. als HSG beim StuRa anzuerkennen. Der Verein ist eine Initiative von Studenten der TUD, welche die Theorie hinter sich lassen und in die spannende Praxis des Tourismus eintauchen möchten. (www.hg-tourismus.de) Das Team besteht derzeit aus 14 Studenten. Antrag angenommen. 2. Franzika Wagner (HSG Tourismus) beantragt 270,17 Euro für die Teilnahme an der ITB in Berlin vom 10.-14. März. Daher liegt hier eine Dringlichkeit bei der Beantragung vor. Zwei Studenten der HSG fahren zur Fachbesuchermesse (10.-12.) und 16 Studenten (10 nicht HSG-Mitglieder) fahren zu den Privatbesuchertagen (13.-14.). Beantragt werden Fahrt- und Eintrittsgelder (der Eintritt wird wohl entfallen, wegen Freikarten). Der Eigenanteil der Teilnehmer liegt bei einem Drittel. Die Fahrt wird als Exkursion angeboten. Die Exkursion wird auch vom FSR Verkehr mit einem Drittel gefördert. Neben der Vernetzung in diesem Thema sollen Referenten für Vorträge gewonnen werden. Der Antrag ist bereits am 1. März eingegangen und hätte auf der letzten Gf-Sitzung diskutiert werden sollen. Da Enrico zwei Tage lang nicht erreichbar war, wurden die Antragsteller nicht zur letzten Sitzung eingeladen. Antrag angenommen. 3. Mathias Kliem stellt den Antrag „Ingenieure ohne Grenzen“ als HSG anzuerkennen. Die Gruppe besteht derzeit aus 12 aktiven Studenten. Die Regionalgruppe Dresden erarbeitet Konzepte für nachhaltige Lösungen im Bereich Wassertechnik, Energiegewinnung und Ressourcennutzung für betroffene Menschen in Entwicklungsländern. Neben diesem Schwerpunkt suchen sie verstärkt den Kontakt zu andern Hilfsorganisationen im Bereich Dresden, um durch ein gemeinsames Arbeiten die Hilfe effektiver gestalten zu können. Gruppe möchte sich an der TUD treffen, daher Anerkennung. Antrag angenommen. 4. Gerd Schmöller von VDI Dresden möchte seine Gruppe wieder als HSG anerkennen. (www.vdi.de/suj-dresden). Es sind aktiv 15-20 Studenten in der Gruppe. Es findet regelmäßig ein Stammtisch für den Austausch statt. Bei gelegentlichen Vorträgen werden Räume an der TUD benötigt. Antrag angenommen.

5. Tanja Buckatz und Franziska Szellatis werden künftig nicht mehr dem Referat Lehre und Studium bzw. Projekt Qualitätssicherung angehören.
6. Die von Thomas Naumann beantragte AE für Januar wurde bei der letzten Gf-Sitzung nicht diskutiert. AE in Höhe von 67,5 Euro genehmigt.
7. Härtefall 260/02/2009 – abgelehnt
8. Härtefall 261/02/2009 – abgelehnt
9. Härtefall 262/02/2009 – abgelehnt
10. Härtefall 263/02/2009 – abgelehnt
11. Am 26. April hat der StuRa einen Tisch in der Mensa Bergstrasse für den Start der Dresdner Studententage – Robert Röder organisiert alles
12. Ab 1.4. beginnt auch bei der KSS die neue Legislatur und daher werden alle Posten (Sprecher, Finanzer, etc.) ausgeschrieben.
13. Auf der nächsten Gf-Sitzung wird über das DresdenConcept (Exzellenzinitiative) gesprochen.
14. Gegenwärtig entscheidet die Gf per Email über den Materialverleih. Es wird entschieden das Frau Lippmann gemäß der Richtlinie zum Materialverleih eigenständig entscheidet. Es wird nochmal auf den Satz: „Eine Reservierung des Materials ist für Hochschulgruppen und Fachschaftsräte maximal drei Wochen im Voraus möglich.“ hingewiesen.
15. Am 17.März 8:00 Uhr ist Gesprächsrunde im StuWe. Armin bittet um Themen.
16. Am kommenden Dienstag trifft sich die Gf wieder mit dem Rektorat. Folgenden Themen werden angesprochen:
 - Rektorwahl
 - Lehramtssituation
 - Filmwettbewerb Preisverleihung Anwesenheit Rektor
 - Meinung vom Rektor (als Vorsitzender des Verwaltungsrates) zur Studentenhilfe 1919 GmbH
 - Lernräume an der TUD

Protokoll der Gf-Sitzung vom 17.03.10

<p>Anwesende: , Enrico Lovász, Michael Moschke, Armin Grundig,</p> <p>Protokoll: Michael</p> <p>Beginn: 16:00 Uhr</p> <p>Ende: 18:17</p>	
Tagesordnungspunkte/ Themen	Verantwortlich
<ol style="list-style-type: none"> 1. Fsr Berufspädagogik stellt einen FA für die FSR Fahrt vom 16. - 18.4. nach Bad Schandau (15 Personen). Es soll das Arbeitsprogramm der neuen Legislatur erarbeitet werden: 270,00€. Da keine Dringlichkeit gegeben ist, wird die Entscheidung ins Plenum gegeben 2. Sebastian Völker von der Hochschulgruppe Verband Deutscher Wirtschaftsingenieure will eine Hochschulgruppenversammlung vom 21.4-25.4. abhalten (100 Teilnehmer aller deutschen Wirtschaftsingenieure Hochschulgruppen). Das wird zum großen Teil durch Teilnahmebeiträge und Sponsoren gedeckt. Da die Veranstaltung nun bald ist würden sie gern einen FA über 1000,00€ stellen (für Transport der Teilnehmer und Hausmeisterkosten im HSZ). Die Frage der Dringlichkeit: sie wollten sich zunächst noch um Geld vom SMWK bemühen – dies hatte keinen Erfolg. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben, es wird ins Plenum vertagt 3. Die HSG Verband Deutscher Wirtschaftsingenieure möchte sich anerkennen lassen. Sie gibt es seit 1992, haben ca. 100 Mitglieder, führen Workshops, Fallstudien und Exkursionen durch. Rein studentisch zusammengesetzt. Vornehmlich WiWi aber auch Vernetzung mit Verkehrswiss. und Maschinenbauern. - genehmigt 4. Am 13.4. findet vom 14.00 – 16.00 ein Gespräch zur Sprachausbildung im Rektorat Festsaal statt. Um Anmeldung wird unter prorektor.bildung@tu-dresden.de gebeten 5. Die Erasmus Initiative möchte sich als HSG anerkennen lassen. Sie haben 34 aktive Mitglieder (alles Studierende bis auf eines). Sie kümmern sich um die ausländ.Studierenden (mit Freizeit und Kulturveranstaltungen) – genehmigt 6. PAUL Consultants möchte sich gern als HSG anerkennen lassen. Haben ca. 40 Mitglieder (+ 50 Anwärter – brauchen eine Schulung und mind. 1 Projekt um Mitglied zu werden). Sind eine studentische Unternehmensberatung. Bieten dafür kostenlose Schulungen an. Sind in entsprechenden Dachverbänden organisiert. - genehmigt 7. FA: Victor Vincze beantragt 250,00€ für Werbungskosten für den 18. 	

- Gomondai Gedenktag am 6. 4. Victor würde sich sehr über die Anwesenheit von vielen Leuten (insb. GF !) freuen – genehmigt
8. Marcel Sauerbier: beantragt 35,00€ für Fahrtkosten zum Studienkommissionsseminar in Leipzig (31.3-01.04.) - genehmigt
 9. Die EHS ist auf die GF zugetreten mit der Bitte doch mal wieder ein StuRä Treffen zu machen. Die GF regt an, dieses am 19.4. 19.00 Uhr stattfinden zu lassen. Ort: TU Dresden
 10. Armin beantragt einen Computerlogin und Email Adresse Diana Victoria Mense – genehmigt
 11. Die Einschreibung zu den vom StuWe angebotenen Kursen (Rhetorik, Kunst..) beginnt HEUTE
 12. Armin berichtet vom StuWe Vernetzungstreff (Campus Radio hat einen Raum bekommen, Bafög soll auf 35 Jahre für den Master erhöht werden, Kinder sind jetzt automatisch ein Grund für Förderung über die Förderungshöchstdauer; Ab 6.4. gibt es die neuen Emeals und die alten sind bis zum Ende des Semesters abzugeben..... der Rest findet sich im Protokoll).
 13. Michael beantragt 150,00€ zur Bewerbung der VV am 22.4. 16.40 Uhr – genehmigt. Das Referat Öffentlichkeitsarbeit wird gebeten sich um das Design der Flyer zu kümmern
 14. Das Linkpartnerprogramm (LPP) möchte gern als HSG wieder anerkannt werden. Hauptziel ist der interkulturelle Austausch zwischen deutschen und internationalen Studenten. - genehmigt.
 15. Die Juso HSG möchte gern als HSG wieder anerkannt werden. Sie beschäftigen sich mit Hochschulpolitik und wirken in der Vernetzung der polit. HSG mit – genehmigt
 16. Die Gf möchte sich die Koordinationsbeauftragte für das Dresden Concept einladen um eine genauere Vorstellung über dieses Unterfangen zu erhalten.
 17. AE Februar 2010 - genehmigt

Aufwandsentschädigungen Februar 2010

der Geschäftsführer, Referenten und Referatsmitglieder (maximal 300,- Euro im Monat pro Person)

GB Finanzen			GB Lehre und Studium		
GF Finanzen (Lovasz, Enrico)	225	Euro	GF Lehre und Studium (-)	-	Euro
RF Service/ Förderpolitik (Hofmann, Kristin)	135	Euro	RF Sport (Uhlig, Albrecht)	37	Euro
RF Semesterticket (Soyk, Christian)	150	Euro	RF Lehre und Studium (Last, Dominique)	115	Euro
RF Datenschutz (-)	-	Euro	Rf Lehre und Studium (Schmidt, Anja)	22,5	Euro
Rf Technik (Mellmann, Felix)	187	Euro	Rf Lehre und Studium (Rückmann, Ulrich)	100	Euro
Rf Technik (-)			Rf Lehre und Studium (-)	-	Euro
			RF Kultur (Kossick, Jan)	100	Euro
GB Soziales			GB Hochschulpolitik		
GF Soziales (Grundig, Armin)	225	Euro	GF Hochschulpolitik (Moschke, Michael)	300	Euro
RF Studentenwerk (Scheider, Aaron)	-	Euro	RF Gleichstellungspolitik (Herm, C.)	-	Euro
RF Ausländ. Studierende (Vincze, Victor)	234	Euro	RF Gleichstellungspolitik (Schmiedgen, Janett)	30	Euro
RF IbS (Naumann, Thomas)	-	Euro	Rf Hochschulpolitik (Sablowski, Jakob)	-	Euro
Rf Ausländ. Studierende (Bishara, Ayman)	102	Euro	Rf Hochschulpolitik (Naumann, Burkhard)	195	Euro
Rf Soziales (Schubert, Sandra)	-	Euro	Rf Hochschulpolitik (Groß, Nicole)	262,5	Euro
Rf Ausländ. Studierende (Khoury, Rani)	9	Euro	Rf Hochschulpolitik (Seiffert, Steven)	86,25	Euro
Rf Ausländ. Studierende (Alexandru, Ioana)	-	Euro	Rf Hochschulpolitik (-)	-	Euro
					Euro
GB Öffentlichkeitsarbeit			Sitzungsleitung		
GF Öffentlichkeitsarbeit (Röder, Robert)	75	Euro	Hans, Michael	50	Euro
RF Internet (Morvai, Marton)	75	Euro	Wahlausschuss		
RF Öffentliches (-)	-	Euro	Püschel, Joachim	18,5	Euro
RF Politische Bildung (Henz, Florian)	116,25	Euro			Euro
Rf Politische Bildung (Taubner, Stefan)	41,25	Euro			Euro
Rf Politische Bildung (Träger, Christian)	127,5	Euro			Euro
Rf Politische Bildung (Seliger, Robert)	67,5	Euro			Euro
Rf Politische Bildung (Walter, Elisa)	157,5	Euro	Sportobleute		
		Euro			Euro

Protokoll AG Satzung 26.02.10

Anwesende: Joachim Püschel, Kristin Hofmann, Christian Soyk

Thema: Beginn, richtungweisende Beschlüsse in konkrete Änderungsanträge für die nächste StuRa-Sitzung gießen

- alle Anträge die es zu verfassen gilt:

- S 01 – Entsendung Rf
- S 02 – AE (Anträge 2 bis 6)
- S 07 – Projekte (und Antrag 33)
- S 08 – AE (Anträge bis 10)
- S 11 – Beratendes Mitglied
- S 12 – Ausländer
- S 13 – Definition ruhendes Mandat
- S 14 – Ausschüsse (Anträge bis 20)
- S 21 – Validität von Beschlüssen (bis Antrag 22)
- S 23 – Vertagung
- S 24 – RF Struktur /Wahlausschuss
- S 25 – Verantwortlichkeit Protokollveröffentlichung (und Antrag 32)
- S 26 – Beschlussfähigkeit
- S 27 – Sitzungszeit (Anträge bis 28)
- S 29 – Berichtswesen (und Antrag 31)
- S 30 – abgelehnt, deswegen nicht behandelt (FSR-Rundlauf)
- S 34 – Dienstvorgesetzter
- S 35 – Anfragen

Neu:

- 1) Übergangsentsendung
- 2) Regulierung von Beschlüssen der GF außerhalb von Sitzungen
- 3) Überprüfung Gleichzeitigkeit von RF und GF in einem Thema → haben uns darüber verständigt, haben aber keinen Arbeitsauftrag und würden das einer späteren Evaluationsgruppe überlassen → wird an die Empfehlungen angehangen
- 4) Schriftliche geheime Abstimmung

Bearbeitungsreihenfolge:

- 1) Verantwortlichkeit Protokolle (25 und 32)
- 2) Beratendes Mitglied
- 3) Ruhendes Mandat
- 4) Beschlussfähigkeit
- 4b) Wahlleiter/ Referent Struktur
- 5) Übergangsentsendungen
- 6) Berichtswesen

- 7) Vertagung
- 8) Anfrage
- 9) Entsendungen
- 10) Dienstvorgesetzter
- 11) Ausschüsse/ Validität von Beschlüssen/ AusländerInnen (S 12)
- 11b) Beschlüsse der GF außerhalb Sitzung → Form des Protokolls gemäß GO §18 Absatz 3
- 12) Aufwandsentschädigungen/Projekte
- 13) Sitzungszeit

→ Anträge werden formuliert und im StuRa zur Abstimmung gestellt

→ bei den von uns geänderten Punkten muss geprüft werden ob es in anderen §§ Rückbezüge gibt

Anträge:

„Der StuRa möge beschließen, die Satzung/ die Geschäftsordnung wie folgt zu ändern.“

1) Verantwortlichkeit Protokolle:

S 25 ... „dass der Sitzungsvorstand außerdem für die Veröffentlichung der Protokolle verantwortlich ist.“

ÄÄ 1)

„in der GO §18 Absatz 1 Satz 1 „Die Protokolle der Stura-Sitzungen werden durch den Sitzungsvorstand angefertigt und veröffentlicht.“

„ in der Satzung §23 Absatz 4 Satz 1 „Der Sitzungsvorstand ist für die Erstellung, Veröffentlichung und Verwaltung des Protokolls zuständig.“

2) Form der Protokolle

S 32 ... „dass Protokolle in Zukunft nicht nur Ergebnisse enthalten sondern auch wesentliche Pro- und Contra-Argumente der Debatte berücksichtigen“ (gemeint: GF, StuRa, Ausschüsse)

ÄÄ 2)

„ in der GO § 18 Absatz 2 Satz 1 streichen“ (~~„Das Protokoll wird ergebnisorientiert geführt.“~~)

„in der GO §18 Absatz 3 Satz 1 erhält einen den neuen Punkt 4 „die wesentlichen Meinungen für und wider den Antrag sowie “

ÄÄ 3) „ in der GO § 20 Absatz 4 Satz 1 „, dabei ist in der GO § 18 Absatz 3 einzuhalten.“

3) Beratendes Mitglied/ Ausländische Vertretung

S 11 „dass der StuRa in seiner Satzung den Status eines StuRa-Mitglieds mit Beratender Stimme einführt. Dieses hat grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten wie StuRa-Mitglieder mit Ausnahme des Stimmrechts.“

ÄÄ 4)

- „in Satzung § 15 neuer Absatz 6 „Die Referentin Ausländische Studierende ist qua Amt

Beratendes Mitglied des Studentenrats.“

- „in der Satzung § 15 Absatz 2 wird „39“ in „38“ geändert

- „ in der Satzung § 15 a mit Namen „Beratende Mitglieder“ einfügen: „1) Ein Beratendes Mitglied ist Mitglied des Studentenrates ohne Stimmrecht.“

- „streiche in der Satzung § 15 Absatz 1 Satz 2.“ (~~„Eine gesonderte Vertretung nach § 75 Abs 1 Satz 7 SächsHG existiert nicht.“~~)

4) Ruhendes Mandat

S 13 „dass Ruhende Mandate (§15(4)) kein aktives Stimmrecht besitzen. Die Beschlussfähigkeit (§20) bemisst sich nach der Anzahl aktiver Stimmrechte. „

ÄA 5)

„in Satzung § 15 Absatz 4 als Satz 3 einfügen: „*Mitglieder, deren Mandat ruht, besitzen kein aktives Stimmrecht.*“

- „füge ein Satzung § 20 Absatz 1: „*Der StuRa ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder mit aktiven Stimmrecht anwesend sind.*“

5) Beschlussfähigkeit

S 26 „dass Sitzungen beschlussfassender Organe nur dann beschlussfähig sind, wenn diese ordnungsgemäß einberufen wurden und mehr als die Hälfte der Mitglieder mit aktivem Stimmrecht anwesend sind. § 51 (1) Sächs HSG [...] Ist das Organ danach nicht beschlussfähig, wird unter angemessener Ladungsfrist eine neue Sitzung mit demselben Gegenstand einberufen. In dieser Sitzung ist das Organ beschlussfähig; hierauf ist mit der Einberufung hinzuweisen.

ÄA 6)

- „Neuer § 5a: „*Die beschlussfassenden Organe der Studentenschaft nach GrO § 5 Absatz 1 sind beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und mehr als die Hälfte der Mitglieder mit aktivem Stimmrecht anwesend sind.*“

6) Vertagung

S 23 „dass Vertagungen mit Terminen und Bedingungen versehen werden können. Vertagte Punkte ohne diese Einschränkungen verschieben sich zur nächsten Sitzung“

ÄA 7) „füge ein in der GO § 9 neu Absatz 12: „*Vertagungen nach § 9 Absatz 4 Satz 1 Nr. 17 können mit Terminen und Bedingungen versehen werden. Satz 2: Geschieht dies nicht, werden sie auf die nächste Sitzung vertagt.*“

ÄA Schluss: „in der gesamten Satzung wird an allen Stellen das Wort „Satzung“ durch „Grundordnung“ ersetzt“

ÄA Nummerierung ändern

- bei StuRa-Mitgliedern immer auf aktives Stimmrecht/beratende Stimme achten

Protokoll AG Satzung 12.03.10

Anwesende: Christian Soyk, Kristin Hofmann

Aufgrund Joachims Abwesenheit aus gesundheitlichen Gründen wird Punkt 4a Wahlleiter/RF Struktur verschoben, da er durch seine Tätigkeit Ahnung hat.

ÄA 8: Übergangsendungen (neu, dazu gibt es keinen richtungsweisenden Antrag)

→ man muss es nur sauberer Regeln um Unklarheiten zu bereinigen, da es keine Initiative gibt, die Legislaturen zu ändern

Überarbeitung SächsHSG § 9 „Der FSR wählt die Vertreterinnen in den Fakultätsrat“ → streichen

ÄA 8: Füge in §17 der Geschäftsordnung Absatz 3 zwischen Satz 1 und 2 einen neuen Satz 2 ein: „Als Geschäftsführerin kann nur gewählt werden, wer für die Wahlsitzung durch einen Fachschaftratsrat in den Studentenrat entsendet ist.“

Ersetze den §9 der Satzung/ Grundordnung/Satzung Absatz 2 durch: „Der FSR entsendet seine Vertreterinnen in den Studentenrat.“

Ändere §26 Absatz 2 Satz 2 der Satzung/GrO wie folgt: „Sie müssen für die Dauer ihrer Amtsperiode in den Studentenrat entsendet sein, ggf. unberührt von §15 Absatz 2 Satz 2 auch zusätzlich.“

Füge in der Satzung/ GrO §15 zwischen Absatz 5 und Absatz 6 einen neuen Absatz 6 ein: „Fachschaftratsräte, die in der ablaufenden Amtsperiode mindestens eine Geschäftsführerin gestellt haben und/oder in der folgenden Amtsperiode mindestens eine Geschäftsführerin stellen, müssen zur ersten Sitzung des Sommersemesters eine neue Entsendung vornehmen.“

ÄA 9: Berichtswesen (siehe richtungsweisende Anträge 29/31)

29: „... der vorsieht, dass Berichte aus den GF-Bereichen vierteljährlich mündlich und schriftlich abgegeben werden müssen. Der Punkt Bericht aus der GF bleibt erhalten. Innerhalb diesem können Fragen an die GF gestellt werden. Ebenso wird unter diesem Punkt zusätzlich aus den Ausschüssen berichtet.“

31: „...der vorsieht, dass die Termine für Berichte aus den GF-Bereichen zusammen mit den Sitzungstermin nach § 21 Absatz 4 GrO festgelegt werden.“

Füge ein im § 21 Absatz 4 der GrO/ Satzung einen neuen Satz 2: „Dabei sind die Termine für die

Rechenschaftsberichte festzulegen.“

Ändere § 26 Absatz 3 Satz 1 der Satzung/ GrO wie folgt: „Die Geschäftsführerin leitet ihren Geschäftsbereich an und trägt die Verantwortung für die Arbeit *und die Erstellung des vierteljährlichen Rechenschaftsberichtes*.“

§19 Umbenennung in „Rechenschaftsberichte“

Ändere §19 Absatz 1 Satz 1 der GO wie folgt: „Die *Rechenschaftsberichte* im Sinne dieses Paragraphen sind *vierteljährlich* zu erstellen, dem Studentenrat *schriftlich vorzulegen und auf den nach § 21 Absatz 4 der GrO festgelegten Sitzungen mündlich zu erläutern*.“

Ändere in § 5 Absatz 1 Punkt 4 der GO „Berichten“ in *Rechenschaftsberichten*.“

ÄA 10 Anfragen

S 35 „... der vorsieht, dass eine neuer § in die GrO eingearbeitet wird zum Thema Anfragen. Anfragen an die Organe der Studentenschaft sind schnellstmöglich, spätestens aber nach 14 Tagen zu beantworten. Ist dies nicht möglich, so ist der Anfragerin eine Begründung über die Verzögerung abzugeben. Der entsprechende Absatz fällt dann aus GO heraus.“

Streiche § 21 GO.

Füge ein in der GrO zwischen §4 und §5 als neuen Paragraph 4a ein:

§ 4 a Anfragen

1) Anfragen an die Organe der Studentenschaft sind von diesen binnen 14 Tagen zu beantworten. Dies hat auf Wunsch schriftlich zu erfolgen. Ist eine fristgerechte Beantwortung nicht möglich, so ist der Anfragerin eine Begründung über die Verzögerung abzugeben.

ÄA 11 Entsendungen Referatsmitglieder

S 01 „... der vorsieht, dass Referatsmitglieder durch den Studentenrat entsendet werden.“ (in der Diskussion im Studentenrat wurden folgende Punkte darüber hinausgehend gewünscht: geheime Abstimmung über die Entsendung soll möglich sein, mehrjährige Tätigkeit von Referatsmitgliedern soll möglich sein, für die Entsendung soll eine einfache Mehrheit möglich sein.

Füge ein in § 12 der GrO Absatz 3 in Satz 3: „..., *gleiches gilt für Mitglieder von Referaten*.“

Füge ein in § 16 der GrO Absatz 2 zwischen Nummer 3 und Nummer 4 als neue Nummer 4: „*die Entsendung von Mitgliedern in die Referate*,“

Ändere in § 25 der GrO Absatz 1 Satz 1 „ihren Mitarbeiterinnen“ in: „*den Referatsmitgliedern*“

Ändere in § 25 Absatz 2 der GrO wie folgt: „*Die Referentinnen werden vom StuRa gewählt, die Referatsmitglieder vom StuRa entsendet*.“

ÄÄ Dienstvorgesetzte

S 34 „... dass die Aufgaben der Dienstvorgesetzten geändert werden in: Lohnanweisung, Arbeitszeit und Urlaubsgenehmigung, Weiterbildungsmaßnahmen, Dienstbesprechung durchführen (Angestellte und zuständiger Geschäftsführer, welche protokolliert und in einer Dienstakte abgelegt wird), Einrichtung von Erste-Hilfe-Stelle/ Ausrüstung zum Arbeitsschutz, Anpassung Tätigkeitsprofil und Arbeitsvertrag, Erstellung und Aushändigung von schriftlichen Dienstanweisungen (die in die Personalakte kommen und aus GF-Beschlüssen resultieren). Des Weiteren haben die Angestellten das Recht, sich aus der Mitte des Gremiums eine Vertrauensperson für die laufende Legislatur zu suchen, die Ansprechpartner für Probleme mit der Dienstvorgesetzten ist (übernimmt Personalratsfunktion).“

Füge in GrO zwischen § 27 und § 28 einen neuen § 27 a wie folgt ein:

27 a Dienstvorgesetzte

1) Dienstvorgesetzte der Angestellten ist eine Geschäftsführerin.

2) Die Dienstvorgesetzten ist unter anderem zuständig für:

1) Lohnanweisung,

2) Urlaubsgenehmigung,

3) Festlegung der Arbeitszeit,

4) Weiterbildungsmaßnahmen,

5) Dienstbesprechungen,

6) Arbeitsschutz,

7) Anpassung des Tätigkeitsprofils und des Arbeitsvertrags und

8) Erstellung und Aushändigung von schriftlichen Dienstanweisungen,

3) Dienstbesprechungen zwischen den Angestellten und der Dienstvorgesetzten finden monatlich statt. Diese sind zu protokollieren und in der Personalakte abzulegen.

4) Dienstanweisungen sind von der Geschäftsführung zu beschließen. Die Dienstvorgesetzte händigt diese schriftlich den Angestellten aus und legt sie in der Personalakte ab.

Füge in § 14 der GrO einen neuen Absatz 4 wie folgt ein: „Die Angestellten haben das Recht, aus der Mitte des Studentenrates eine Vertrauensperson für die laufende Legislatur zu bestimmen, die Ansprechpartnerin für Probleme mit der Dienstvorgesetzten ist.“

Bericht Mitteleuropazentrum

Liebe StuRa-Mitglieder,
liebe studentische Mitglieder des Senats,

mit Prof. Schmitz, dem Direktor des MEZ, hatte ich einen Gesprächstermin.

Es war zunächst nicht einfach gewesen, Kontakt zum MEZ herzustellen. Zwei Emails und einen Anruf von mir hatte es mindestens gebraucht, damit jm. überhaupt reagierte. Dann war Prof. Schmitz erkrankt, sodass es im letzten Jahr kein Treffen geben konnte und in diesem Jahr, nachdem ich wieder nachgehakt hatte, kam endlich eines zustande. Hier die Ergebnisse unseres Gesprächs:

Wissenschaftlicher Rat:

Seit meiner Entsendung in das Gremium (etwa Mitte 2009) gab es keine Aktivität und keine Sitzung, was auch daran lag, dass zwei Professoren aus verschiedenen Gründen nicht mehr im Rat sind.

Die Frage ist, ob das Gremium überhaupt noch beschlussfähig ist.

Angeregt hatte ich noch eine abschließende Sitzung des Rats, z.B. für einen Rückblick, eine Zusammenfassung und Neuigkeiten und womöglich wird es noch eine geben, solange das MEZ noch existiert...

MEZ:

Seit etwa zwei Jahren gibt es Veränderungen. So sollen zwei Zentren zu einem Neuen zusammengelegt werden, d.h. das Lehrzentrum Sprachen und Kulturen (- das wird auch von Prof. Schmitz geleitet -) wird mit dem MEZ zu einem "Zentrum Sprachen, Kultur und (EU-) Regionalstudien" zusammengelegt. Daran soll auch ein Studiengang geknüpft sein.

Damit wird das MEZ in Kürze aufgelöst (zum 10-jährigen Jubiläum).

Die Ordnungen für das neue Zentrum liegen dem Senat zur Entscheidung vor, sofern noch nicht darüber entschieden wurde.

Darüber wissen die Senats-Mitglieder mehr und ich bitte um eine Info dazu.

Jedenfalls wirbt Prof. Schmitz um Zustimmung zu den Ordnungen und nach meinen bisherigen Informationen dazu ist es sinnvoll, der Bildung des Zentrums zuzustimmen. Die Gremien des Zentrums sollen dabei interdisziplinär besetzt sein.

Soweit meine Informationen. Über Neuigkeiten dazu würde ich mich freuen.

Viele Grüße
Stanislaw Bondarew

Tätigkeitsbericht GB HoPo Januar 2010

Im Januar gab es das folgende zu tun. Zunächst hatten wir zu Beginn des Monats die Bewerbung der FSR Wahlen zu bewältigen. Hierzu galt es Plakate fertig zu kleben (Im Dezember bereits begonnen) diese aufzuhängen, und nach der Wahl auch alle wieder einzusammeln.

Der Potthoffbau und dessen Besatzer haben einiges an Zeit in Anspruch genommen. Zunächst hat der GF Hopo am Rektorats-Besetzer Treffen teilgenommen um über die Forderungen zu sprechen. Nachdem sich der Rektor zunächst einmal über die Fortdauer der Besetzung sowie die Anwesenheit von Paul Riegel von der HTW aufgeregt hatte, haben wir in einer 3,5h Sitzung die Forderungen durchgekaut. Heraus kam, dass man im Rektorat allen Vorschlägen recht skeptisch gegenüber steht, zumindest aber die Verfügbarkeit von Ordnungen (bisher nur im TUD Intranet verfügbar) erleichtern möchte und sich mit dem Konzept studentischer Konsuls sowie studentischer Prorektoren auseinandersetzen möchte und sich bei Hochschulen wo es diese Posten bereits gibt über die Wirksamkeit und Arbeitsaufwand erkundigen möchte. Ein weiteres Treffen ist in Planung.

Der StuRa hatte beschlossen, die Räume auf der Bayreuther Str. für die POT Besetzer zu übernehmen und diesen zur Verfügung zu stellen. In unendlich kleinteiliger Arbeit und stundenlangen Telefonaten mit verschiedenen Stellen an der Hochschule, wurde dann Stück für Stück die Modalitäten der Übernahme geklärt (keine Betriebskosten, W-Lan Anschluss legen, Versicherungsschutz, Schließanlage, Schlüsselsätze). Am Ende wollte man uns die Baracken nur bis März überlassen, auch dies wurde langsam auf unbegrenzt hinausgehandelt. Im Anschluss konnte der POT81 verlassen, und umgezogen werden.

Die SPD hatte einen Arbeitskreis Hochschulpolitik und dazu alle relevanten Akteure eingeladen. Man wollte von uns wissen, welche Probleme es in der Umsetzung des SächsHSG gäbe (unter anderem Direktwahl von Senat und Fak.Rat, Nicht-Öffentliche Teile der Gremiensitzungen, Kompetenzverlagerung zum Rektorat) und auf welche Aspekte sich die neue Fraktion konzentrieren sollte. Die LehrerInnen Ausbildung scheint fraktionsintern noch nicht ganz einem Ressort zugeteilt worden zu sein, da sich sowohl der Hopovertreter als auch die Bildungsverantwortliche diesem Thema verpflichtet fühlen. So konnte das drängende Problem, dass es an der TUD keinen Grundschulmaster gibt (man den aber auch aufgrund von Kompatibilitätsproblemen nirgendwo anders machen kann) dort nicht angegangen werden. Dieser Zustand soll schnell bereinigt werden.

Die Praktikumskampagne hat im Januar eine entscheidende Wendung genommen. Wir haben die Jungen Liberalen besucht um das Konzept dort vorzustellen. Einmal von der vorhersehbaren negativen Reaktion auf den geplanten Anspruch auf Bezahlung abgesehen, hatten sie sehr gute Argumente warum unser Ansatz, das Praktikum im Detail zu regeln so nicht ganz der Stein der Weisen ist. Man brachte vor allem das Beispiel der Maschinenwesen Fakultät wo eine übersteigerte Regulierung der Praktika dazu führt, dass man sinngemäß in der ersten Woche schleifen, in der zweiten Woche Hämmern und in der dritten Woche Schweißen lernen soll – was von einem Praktikumsbetrieb nicht zu leisten ist und deshalb durch die Bank weg Praktikumsberichte erfunden werden. Außerdem stimmten mittlerweile einige unserer Zahlen nicht mehr ganz. Also haben wir die Praktikumskampagne auf einem Treffen noch einmal analysiert und haben sie etwas geändert. In der angestrebten

Rechtsverordnung soll nunmehr nicht mehr Lehrinhalte vorgegeben werden, sondern Lehrziele in den Studienkommissionen (die verpflichtend Praktikumsordnungen mit Dauer, Art und Lehrziel für jeden Studiengang erlassen sollen) erarbeitet werden. Praktikumsnehmer und Praktikumsgeber sollen in einem VORHER zu verabschiedenden Vertrag die genauen Praktikumsinhalte dann festlegen, welche VOR Antritt des Praktikums von einer in jeder Fakultät einzurichtenden Stelle geprüft werden. Die so veränderte Kampagne haben wir beim Landearbeitstreffen Hochschulpolitik der Jusos vorgetragen und haben nun auch deren Unterstützung. Wir haben uns zudem mit Vertretern der Jungen Linken getroffen, die unser Vorhaben ebenfalls unterstützen und den Kontakt zur Landes und Bundespartei herstellen wollen. Zu Beginn des Monats war noch der damals geplante Workshop für die Bundestagspetition ein Thema. Nachdem es zu einer ersten Einladungsmail im Dezember keine Rückmeldungen gegeben hatte, wurde diese erneuert und um Zu-oder Absage bis zum 10.1. gebeten. Es hatten sich zum Fristablauf nur 3 Menschen verbindlich angemeldet, sodass ersichtlich wurde, dass der Workshop zum geplanten Zeitpunkt und in der geplanten Form nicht stattfinden würde. Im Nachgang dieser Frist, bekamen wir jedoch Resonanz und konnte in weiteren Gesprächen in Erfahrung bringen, dass es nicht mangelnde Bereitschaft der Unterstützung der Kampagne ist, sondern dass insbesondere die gewerkschaftlich Aktiven- die wir hauptsächlich mit dieser Einladung angesprochen haben-einen auf sehr lange Sichtausgebuchten Terminkalender haben. Wir stehen in weiterem Kontakt und es soll auch nochmal innerhalb dieses Netzwerks nachgehakt werden, wer sich jenseits der Workshop-Idee inhaltlich konkret einbringen und auch kontinuierlich an der Arbeit beteiligen möchte.

Im Januar ist auch die Homepage zur Kampagne erneuert wurden.

Daneben wurde die „Broschüre“ zum Steuerrecht fertiggestellt. Diese Texte liegen nun vor und warten auf konkrete Umsetzung. Ziel der Broschüre ist es, die Studierenden grundlegend, prägnant und allgemeinverständlich über ihre Rechte zu informieren, die ihnen das Steuerrecht bietet. Da die Urteile quasi für jeden Studierenden „etwas bieten“, könnte man hiermit auch eine große Zahl von Menschen erreichen. Die Broschüre beschäftigt sich damit, welche Möglichkeiten die Studierenden in ihren jeweiligen Ausbildungsabschnitten haben, finanzielle Aufwendungen, die sie für das Studium getätigt haben, auch rückwirkend von der Steuer abzusetzen. Ausgangspunkt waren Urteile des Bundesfinanzhofes, die eine in der Vergangenheit aufgestellte Trennung von Aus- und Weiterbildungskosten, aufgehoben haben und nun auch Kosten für ein Erststudium als steuerlich absetzbar erklärt haben. Diese Urteile heben eine Benachteiligung von Studierenden defacto auf und darüber soll informiert werden. Es gab ein Treffen mit der Staatsministerin und im Vorfeld mit dem Referenten für studentische Angelegenheiten im SMWK. Das Treffen war in vielerlei Hinsicht etwas enttäuschend. Zur Situation der LehrerInnen (s.o.) versteifte man sich etwas zu sehr darauf, die Hochschulvereinbarung von 2003 unbedingt umsetzen zu wollen und das Lehramt nach Leipzig zu transferieren obwohl es dort weder genügend Kapazitäten noch alle Fächer für den kommenden Lehrbedarf gibt. Allerdings zeigte man sich Gesprächsbereit. Der Hochschulentwicklungsplan ist in Arbeit, die Hochschulen durften und dürfen zu den sie betreffenden Änderungen Stellung beziehen. Eine Partizipation der Studierendenvertretung durch Stellungnahme zu den Bedarfsanalysen lehnte man allerdings auch nach mehrfacher Anfrage konsequent ab. Dies wird uns schneller auf die Füße fallen als einigen klar sein dürfte

– es steht sicher ein heißer Herbst 2010 bevor. Positiv äußerte sich die SMIN zu en Bildungsprotesten, regte aber an Bologna auch als Chance zu begreifen obwohl sie den deutschen Weg in der Umsetzung als Fehler sieht, den man aber korrigieren kann. Immer mal wieder verstreut über den Monat haben wir uns zudem um das Normenkontrollverfahren gegen die Wahlordnung der TUD, den Filmwettbewerb zum Thema Fremdenfeindlichkeit (meist Anfragen beantworten, Drehbücher lesen, Leuten hinterher Emails die den Anhang vergessen hatten...) und Übernachtungsmöglichkeiten für die Demo am 13.2. gekümmert (wir haben die Turnhallen Nöthnitzer Str., dort soll man auch kochen können, Betreuungspersonal habe ich geworben, etc.)

Tätigkeitsbericht GB Inneres Januar 2010

Gf Finanzen

Da die Wahlen zur neuen Legislatur erst im Januar waren, kommen jetzt viele Fachschaften um ihre Finanzen prüfen zu lassen. Im angesprochenen Monat wurde die Finanzen der FS SpraLiKuwi (wird später weitergeführt, es fehlen einige Dokumente), FS Geowissenschaften (beendet), FS Chemie/Lebensmittelchemie (beendet), FS Biologie (wird später weitergeführt, es fehlen einige Dokumente) und FS Wasserwesen (beendet).

Für die FS wurde die Broschüre „Der kleine Fachschaftler -Finanzen“ aktualisiert und mit zahlreichen Hinweisen zur Buchführung komplettiert.

Zusammen mit Micha wurde der Projektantrag StuDIK im Rahmen des Tempus-Projektes erstellt und dem EPC der TU Dresden übermittelt. Für die neue Legislatur wurden alle Ausschreibungen erneuert und die Vorgehensweise bei den Wahlen diskutiert (in Absprache mit Sitzungsleitung und GF). Die Posten werden gemäß Satzung zur konstituierenden Sitzung ausgeschrieben und dann mind. 14 Tage später erst gewählt, also am 25.02.

Extern wurde ebenfalls noch mit dem Campusbüro Uni mit Kind verhandelt.

Beim Vernetzungstreffen mit StuWe, Uni und StuRa wurde u.a. der Kooperationsvertrag diskutiert. Ein Vorschlag zur schriftlichen Fixierung soll vom StuRa erarbeitet werden. Abschließend war die Vorbereitung des Haushaltsplans 2010/11 für das neue Wirtschaftsjahr ein großer zeitlicher Aufwand. Das Ergebnis steht in den StuRa-Unterlagen. Neben diesen Punkten wurde auch noch das Tagesgeschäft (Semesterticketrückerstattung, Gf-, StuRa-, Förderausschusssitzung) bearbeitet.

Rf Semesterticket

Neben der Tätigkeit in der Sitzungsleitung und dem Geschäft mit den Rückerstattungen fielen nur zwei Besprechungen mit den DB- Regio Leuten und den HTW- Leuten an.

Tätigkeitsbericht GB LuSt Januar 2010

Rf LuSt

Wie im Tätigkeitsbericht vom Vormonat erwähnt beschäftigt sich das Koordinierungsteam derzeit mit den Verfahrensgrundsätzen der Qualitätsentwicklung an der TUD. Hierbei liegt unser Hauptaugenmerk, also das des Projektes Qualitätssicherung, derzeit auf der regelmäßig stattfindenden Evaluation aller Studiengänge. Diese soll alle fünf Jahre durchgeführt werden. Da es uns ein Anliegen war, den zeitlichen Abstand zu verkürzen, kam es neben den Koordinierungsteamsitzungen zu einem gesonderten Gespräch mit Prof. Lenz. Hier hat man sich darauf geeinigt, dass eine Verkürzung des 5-Jahres-Turnuns unter anderem aus organisatorischen Gründen nicht möglich ist. Stattdessen soll es bei gravierenden Problemen vereinzelt und auf Antrag zu vorzeitigen Evaluationen kommen. Somit fiel uns unter anderem die Aufgabe zu, ein System zu entwickeln, das regelt, wann welcher Studiengang unter welchen Umständen abweichend vom 5-Jahres-Turnus vorzeitig evaluiert werden müsste. Unser Vorschlag bedarf im Koordinierungsteam noch einiger Überzeugungsarbeit.

Weiterhin beabsichtigen wir die Indikatoren der Studiengangsevaluationen von Grund auf neu zu überarbeiten. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass das Referat zwei neue Mitglieder gewinnen konnte, die überhaupt erst das Wissen mitbringen, um sich solch einer methodischen Aufgabe zu stellen.

In diesem Semester hat das Dezernat 8 (Studium & Weiterbildung) erstmalig den Wettbewerb zum 'Super-Tutor' Ausgeschrieben. Hierbei waren alle Fachschaftsräte der TUD angehalten, ihre ESE zu dokumentieren und eine Evaluation unter ihren Erstsemestern durchzuführen. Tatsächlich beworben haben sich fünf Fachschaftsräte.

Der Fachschaftsrat mit der besten ESE bzw. ESE-Dokumentation soll ein Preisgeld von 1000 Euro erhalten. Das Referat LuSt hat sich an der Bewertung der eingereichten Unterlagen beteiligt. Der Gewinner des Wettbewerbs soll im Rahmen des Dies academicus bekannt gegeben werden.

Des Weiteren fand am 20.01.10 die letzte 'Gesprächszeit Bildung' in diesem Semester statt. Hierbei hat sich gezeigt, dass das Frühwarnsystem des ZIH der TUD unter den Studierenden für besonderen Unmut sorgt. Ein gesonderter Termin zu diesem Thema, wie er vom Prorektor Lenz angekündigt wurde, ist bisher noch nicht ausgemacht.

Ein weiteres Problem, beziehungsweise eine Reihe von Problemen, zeigen sich an der Juristischen Fakultät. Hierzu zählen unter anderem die Einführung eines zweisemestrigen konsekutiven Master auf einen sechssemestrigen Bachelor, ein Lehrangebot, das zur Verzögerung der Regelstudienzeit führt sowie eine fragwürdige Betreuungsauffassung von BA-Arbeiten. Hiermit sind nur einige Probleme aufgezählt. Da die Fakultätsleitung sich selten gesprächsbereit zeigt und Studienordnungen so schwammig formuliert sind, dass sie gern auch zum Nachteil der Studierenden ausgelegt werden, hat das Referat gemeinsam mit dem FSR Jura einen Termin mit dem Prorektor für Bildung Anfang Februar vereinbart. Hier soll auf die Probleme an der Juristischen Fakultät aufmerksam gemacht und Lösungsansätze gesucht werden.

Rf Kultur

Unterstützung und Beratung der Bildungsproteste, Gespräche mit dem Vorstand des Gutzkowclubs, TUUWI/mensa univerale zur Klimawoche, Studentenclub Novitatis zu Anfrage Kleinkunst, Mahnung Honorar Ton-/Lichttechnik 20-Jahre-StuRa-Party, Recherche Beschädigungen Vortragsaal 20-Jahre-StuRa-Party, Lieferung und Test und Einlagerung zweiter Teil Beschallungsanlage

Tätigkeitsbericht GB HoPo Februar 2010

Im Februar gab es für uns das folgende zu tun.

Ein maßgeblicher Teil unserer Zeit wurde den Vorbereitungen zum 13.2.gewidmet. In ungezählten Stunden wurde sich um die Turnhallen für Übernachter gekümmert (inkl.bürokratischen

HickHack, Vorgesprächen mit dem dortigen Betreuer, Kontakthalten zur Vokü, Telefonischer Bereitschaftsdienst in der ersten Nacht um alle Interessierten auch in die Turnhallen zu lotsen,Organisation der Ordner, Einweisung der Ordner,Kontakt zur Pennplatzbörse, der Polizei und der TU Sicherheit, der Betreuung der Turnhallen vom 12.2-14.2).

Der Rektor hatte zum Gespräch geladen um über die Forderungen des POT mit den FSR zu sprechen. An diesem haben wir teilgenommen. Wir haben über die mangelnde Qualität der Sprachausbildung, die Veröffentlichung der Ordnungen (bisher nur im Intranet) und einen studentischen Konsul gesprochen. Leider kamen wir bei keinem der Punkte zu einem wirklichen Ergebnis. Zur Sprachausbildung soll es ein extra Treffen geben. Ansonsten wurde der Konsul erst einmal als undurchdacht zurückgewiesen von der Unileitung.

Für die geplante große Kss (jetzt Studierendentreffen)haben wir uns um Übernachtungsmöglichkeiten in den Turnhallen sowie Räumen für Plenum und Workshops gekümmert. Ebenfalls gab es zu dem Thema zwei Telefonkonferenzen. Im Anschluss haben wir unx noch um Prof.Patzelt als Eröffnungsredner gekümmert.

Wir hatten mit dem für uns sehr unangenehmen Problem von Datenschutzverletzungen durch eine von uns durchgeführte Befragung. Um dies schnell zu klären mussten Gespräche mit den Beteiligten geführt werden um uns zu informieren a)was das Problem ist und b)was im schlimmsten Fall an Konsequenzen drohten. Am Ende haben wir das Projekt noch einmal gestartet.

Das vom StuRa beschlossene Normenkontrollverfahren wurde in die letzten Vorbereitungsarbeiten gebracht und hierzu noch einmal mit dem Anwalt Rücksprache gehalten. Wir haben auch einen Studierenden gefunden der für uns das Normenkontrollverfahren beantragt.

Es gab ein Treffen des LSR der Kss in Leipzig, das Protokoll wird noch rumgehen.

Im Rahmen der Praktikumskampfa haben wir uns mit Gerstenberg von den Grünem getroffen um seine Meinung einzuholen. Er war von unserer Idee und Strategie sehr angetan,meinte aber auch,wir sollten auf eine Änderung des Sächs.Hsg warten und dort dann eine Ermächtigung des Smwk zum Erlass einer Rechtsverordnung eintragen lassen. Ansonsten werden wir nun langsam mal das Gespräch mit der Smin angehen.

Im Studiengang law in context gibt es einiges problematisches. So soll das Bachelorarbeitsthema nicht frei wählbar sein und keine wirkliche Betreuung angeboten werden. Aus diesem Grund hatten wir einen Termin beim Dekan,leider haben wir dann dort eine halbe Stunde vergeblich gewartet. Der Termin wird im März wiederholt.

Das Problem des fehlenden Masters für Grundschul und Mittelschulbachelor gepaart mit der Boniertheit der Minister hat uns erreicht. Hierzu haben wir am 27.2.an einem Pressehintergrundgespräch teilgenommen. Es waren wenige Pressevertreter da, die Präsentation der Betroffenen und Experten war aber sehr aufklärend. Das Thema wird in der kommenden Zeiten uns weiter beschäftigen.

Am 16. Februar sind wir nach Leipzig gefahren. Es waren mehrere Gespräche geplant. Hauptsächlich drehte sich der Tag aber um die Erstellung der Grundordnung an der Uni Leipzig und Dresden.

Der 16. Februar war als Vorarbeit äußerst nützlich, da die Erfahrungen der Uni Leipzig schon viel weiter reichen. Außerdem konnten viele Punkte sozusagen in einer •kleinen KSS•-Runde besprochen werden, da neben den VertreterInnen und einem Senator der UL auch Paul Riegel von der HTW Dresden dabei waren. Die Ergebnisse lassen sich im Wiki nachlesen, welches kürzlich erstellt wurde: <http://wiki.thehooks.de>

Die Steuerrechtsbroschüre wurde auch in leichten Verständnisfragen nochmal ein wenig überarbeitet und sollte nun endgültig fertig und damit auch umsetzungsfähig sein.

Des Weiteren gab es die Beschäftigung mit der Gründung eines gemeinnützigen Vereins zum Bildungswerk ausgemacht. Dafür gab es ein Treffen mit Paul Riegel, in dem erstmal die grundsätzlichen Bedürfnisse eines entsprechenden Vereins besprochen wurden und wie man einen solchen überhaupt gründet, welchen rechtlichen Regeln das ganze folgt, wie man eine Satzung ausarbeitet, welche Vertretungsmacht der Vorstand hat, Haftungs- und Insolvenzfragen, welche Rechte die Mitgliederversammlung geltend machen kann, wie man Unterwanderungstendenzen vorbeugt, ob Spenden von jedermann und nach welchen Regeln angenommen werden müssen etc. Daneben war vor allem die Frage von Bedeutung, ob nur natürliche Personen eine Mitgliedschaft in einem Verein beantragen können, oder auch juristische Personen wie bspw. die StuRä und wie sich das dann mit der Zahlung von Mitgliederbeiträgen und dem Stimmrecht verhält. Also, letztendlich die Frage, ob StuRä in ihrer Gesamtheit dem Verein beitreten können oder ob sich nur einzelne Mitglieder aus diesen entsenden lassen können. Beides ist denkbar und möglich.

Rf Gleichstellungspolitik

Da ein Großteil der Referatsmitglieder in Klausur- und Prüfungsvorbereitungen u.a. stark eingebunden war, fand kein Referatstreffen statt. Zur weiteren Vorbereitung der Ringvorlesung im Sommersemester nahm das Referat am Vernetzungstreffen der politischen Hochschulgruppen vom 09.02.2010 teil. Frau Dr. Insa Eschebach, Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (ehemaliges Frauen-KZ) konnte als Referentin für den Ringvorlesung zum Thema „Erinnerungskultur und Geschlecht“ gewonnen werden. Darüber hinaus wurde an verschiedene Personen Anfragen als ReferentIn für die Sitzung der Ringvorlesung zum Thema „Geschichte und Geschlecht“ versendet und eine Zuarbeit an das Referat Politische Bildung zum Finanzantrag für die Ringvorlesung geleistet.

Das Referat beschäftigte sich ebenfalls mit den Mittelkürzungen der Sächsischen Landesregierung, die u.a. auch den Gleichstellungsbereich sehr stark betreffen und informierte den StuRa via Email über den allesamt-Verteiler über die Geschehnisse.